

Regierungsratsbeschluss

RRB Nr.: 17/2014
Datum RR-Sitzung: 7. Januar 2014
Direktion: Erziehungsdirektion
Geschäftsnummer: 637440
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Berner Fachhochschule: Departement für Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit;
Studienjahr 2014/15; Beschränkung der Zulassung für die Bachelor-Studiengänge Phy-
siotherapie, Hebamme, Pflege sowie Ernährung und Diätetik.**

Antrag Beschluss

A. Der Regierungsrat zieht in Erwägung:



Der Schulrat der Berner Fachhochschule beantragt, für das Studienjahr 2014/15 den Zu-
gang zu folgenden Bachelor-Studiengängen zu beschränken: Physiotherapie, Hebamme,
Pflege sowie Ernährung und Diätetik.

Die Voraussetzungen von Artikel 26 Absatz 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2003 über die
Berner Fachhochschule (FaG; BSG 435.411) sind erfüllt:

- Die Berner Fachhochschule hat geeignete Massnahmen zur Vermeidung der Be-
schränkungen ergriffen.
- Der Kanton und die Berner Fachhochschule können die Aufnahmekapazität mangels
Ressourcen nicht verbessern.
- Ein ordnungsgemässes Studium kann ohne Zulassungsbeschränkungen nicht mehr
sichergestellt werden.

B. Der Regierungsrat verfügt:

1. Gestützt auf Artikel 26 Absatz 1 FaG wird die Zulassung zu den Bachelor-
Studiengängen Physiotherapie, Hebamme, Pflege sowie Ernährung und Diätetik für
das Studienjahr 2014/15 beschränkt.
2. Für den Fachbereich Gesundheit werden für das erste Studienjahr 2014/15 325 Stu-
dienplätze festgelegt.

Damit Studienabbrüche (Dropouts) im Laufe des Studiums kompensiert werden kön-
nen, werden für die einzelnen Studiengänge Obergrenzen festgelegt. Dabei darf die
Gesamtzahl der Neuzulassungen für den Fachbereich nicht überschritten werden.

| Bachelor-Studiengang | Anzahl Studienplätze (Obergrenze) |
|-----------------------------|--|
| Physiotherapie | 110 (55 Bern / 55 Basel) |
| Hebamme | 70 |
| Pflege | 104 |
| Ernährung und Diätetik | 55 |

3. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt des Kantons Bern zu veröffentlichen.

Im Namen des Regierungsrates
Der Staatsschreiber
Auer



Verteiler

- Alle Direktionen
- Staatskanzlei